Beauftragter Grübel verurteilt religiöse Diskriminierung im Iran

1. April 2021



Berlin (KNA) Der Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit, Markus Grübel (CDU), fordert ein Ende der Diskriminierung religiöser Minderheiten im Iran. „Religiös begründete Verfolgung muss aufhören. Jeder Mensch hat das Recht, seine Religion oder seinen Glauben frei zu wählen und zu praktizieren“, sagte Grübel am Mittwoch in Berlin.

Besonders hob Grübel die Lage der Sufis und Baha’i hervor: „Ich fordere die iranische Regierung dazu auf, Anhänger der Baha’i und von Sufi-Orden sowie anderer religiöser Gruppen, die aufgrund ihres Glaubens verhaftet wurden, umgehend frei zu lassen und die Verfolgung zu beenden.“ Dies gelte auch für Menschen, die aufgrund ihrer Konversion zu einer anderen Religion, wie dem Christentum, verfolgt und verhaftet würden.

In Anbetracht der potenziell erneuten Verhandlungen im Nuklearabkommen mit dem Iran dürfe die Weltgemeinschaft diese Menschen nicht aus den Augen verlieren. Ein erneutes Abkommen, so Grübel, müsse an eine klare Einhaltung von Menschenrechten geknüpft sein.

Religiöse Minderheiten in Iran sind Anfeindungen und Diskriminierung ausgesetzt. Anders als Christen, Juden und Zoroastrier sind die Baha’i und die Anhänger sufistischer Orden nicht

anerkannt und werden von der schiitisch geprägten Regierung als „Häretiker“ betrachtet. Sie werden systematisch überwacht und verfolgt. Am 1. April gedenken die iranischen Sufis dem Tod von Behnam Mahjoubi, einem Derwisch, der im vergangenen Februar in iranischer Haft starb.

© KNA

Beitragsbild: © Tobias Koch

Stand: 16. November 2026